






**Dr. Ernst Dieter Rossmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik, 11011 Berlin

 (030) 227-73447

 (030) 227-76318

 ernst-dieter.rossmann@bundestag.de

www.ernst-dieter-rossmann.de

# ***Pressemitteilung***

11.09.03

## **Auch für Bundestagsabgeordnete Einschnitte geplant**

Auch die Abgeordneten und Spitzenpolitiker sind von den Reformen betroffen, die jetzt im Bundestag im Bezug auf das Gesundheitsmodernisierungsgesetz beraten werden. Hierauf weist der Kreis Pinneberger SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Ernst Dieter Rossmann hin, nachdem er immer wieder von Bürgerinnen und Bürgern seines Wahlkreises darauf angesprochen wird. In den von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU/CSU beschlossenen Eckpunkten zur Gesundheitsreform heißt es danach wörtlich: „Die Be- und Entlastungen, die gesetzlich Krankenversicherte mit dieser Reform treffen, müssen wirkungsgleich in die Beihilfe- und Versorgungsregelungen für Minister, Abgeordnete und Beamte aufgenommen werden.“ Rossmann: „Dieser Beschluss wird demnächst im konkreten Gesetzeswerk umgesetzt.“

Auch an anderer Stelle bereiten die Fraktionen des Bundestages eine Anpassung an Regelungen vor, die für die übrige Bevölkerung gelten. So haben speziell die

schleswig-holsteinischen SPD-Bundestagsabgeordneten in mehreren Schreiben an ihren Fraktionsvorsitzenden darauf gedrungen, dass es auch beim Überbrückungsgeld für die Hinterbliebenen von Abgeordneten sowie bei der Entwicklung der Diäten Einschnitte geben muss. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering hatte entsprechend am 14.03.03 im Bundestag öffentlich erklärt, dass für das Jahr 2004 auf eine Erhöhung der Diäten verzichtet werden sollte und auch das sogenannte Sterbegeld für Abgeordnete – wie es gegenwärtig noch im Abgeordnetengesetz vorgesehen ist – abgebaut werden soll. Wie Müntefering auf der letzten Zusammenkunft der Fraktion mitgeteilt hat, wird dieses jetzt parallel zu den übrigen Reformgesetzen in Angriff genommen. Wie der Sprecher der SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein mitteilte, regt die SPD-Landesgruppe weiter an, im Bezug auf die Pensionen der Abgeordneten eine Umstellung auf eine private Altersvorsorge vorzubereiten. Rossmann: “Auch wenn dieses Vorhaben in Schleswig-Holstein aus den bekannten Umständen heraus gescheitert ist, gibt es trotzdem einen großen Reformbedarf in dieser Frage. Es wäre sehr sinnvoll, wenn der Bundestag und die Länderparlamente hier zusammen eine Lösung entwickeln.“